

Editorial zum Schwerpunktthema: Adressierungsprobleme im Schulbereich

Editorial to the Focus Topic: Issues and Problems of Addressing in Schools

Pädagogische Interaktionen und schulische Entwicklungsprozesse finden als komplexes Adressierungsgeschehen statt. Dabei geht es nicht nur um die konkrete kommunikative Ansprache zwischen Akteuren im Bildungsbereich, sondern auch um die Frage, welche Anerkennungspraktiken und Differenzkonstruktionen hier strukturell zum Ausdruck kommen, wer von wem wie implizit oder explizit adressiert und positioniert und dadurch (nicht) anerkannt wird.

Im Themenschwerpunkt werden verschiedene pädagogische Kontexte, Prozesse und Wirkweisen vor dem Hintergrund dieses Adressierungsverständnisses theoretisch wie empirisch analysiert. In den Beiträgen werden unterschiedliche (institutionelle) Akteure (u. a. Bildungsverwaltung, Bildungspolitik, Einzelschule, Lehrkräfte, Eltern und Schüler*innen) auf unterschiedlichen Handlungsebenen (Schulsystem, Schule als Organisation) im Hinblick auf verschiedene Felder herausfordernder wechselseitiger Wahrnehmungs- und Adressierungskontexte sowie mit Bezug auf Prozesse der Differenzbearbeitung und Anerkennungspraxis in den Blick genommen. Auf dieser Basis werden auch konkrete Erkenntnisse für die schulische Praxis erschlossen.

Im einleitenden Beitrag legt *Maike Lambrecht* den Fokus auf die Bildungsverwaltung und betrachtet diese im Kontext einer Neuen Schulsystemsteuerung in ihrem Verhältnis zur Bildungspolitik und zur Einzelschule. Die Autorin geht aus einer bürokratiethoretischen Perspektive davon aus, dass es aktuell zu einer verstärkten Politisierung der Bildungsverwaltung kommt, die sich etwa an der gestiegenen Bedeutung von *Commitment* innerhalb der aktuellen Schulsystemsteuerung festmachen lässt (im Sinne von *Kundenorientierung* im Ansatz des New Public Management und *Akzeptanz* in Modellierungen der Empirischen Bildungsforschung). Sie analysiert, wie die Funktionen von Politik und Verwaltung vermischt werden, die bürokratiethoretisch eigentlich getrennt gedacht werden, und in diesem Zusammenhang neue Erwartungen an die Bildungsverwaltung herangetragen werden. *Lambrecht* untermauert die These einer Politisierung der Bildungsverwaltung am Beispiel der Schulinspektion empirisch und rekonstruiert dazu Auszüge aus Interviews, die im Rahmen des vom BMBF geförderten und als Verbund von Wissenschaftler*innen

der Universitäten Bielefeld, Hannover und Gießen realisierten Projekts „Funktionen von Schulinspektion – Erkenntnisgenerierung, wissensbasierte Schulentwicklung und Legitimation“ durchgeführt worden sind.

Die administrative Politisierung manifestiert sich nach *Lambrecht* insbesondere in einer neuen „Adressierungspolitik“, die sowohl die Bildungsverwaltung als auch die Einzelschule betrifft. Letztlich lasse sich für die neue Schulsystemsteuerung ein doppeltes Adressierungsproblem konstatieren: Sie basiere auf einer Neuadressierung der Bildungsverwaltung, die eine problematische Vermischung von Legitimations- und Steuerungsaufgaben beinhalte. Dieses Dilemma müsse dann von der Bildungsverwaltung durch eine Adressierung der Schulen bearbeitet werden, die u. U. falsch oder wenig authentisch ist.

Im Zentrum des Beitrags von *Till-Sebastian Idel* und *Sven Pauling* zu Schulentwicklung und Adressierung stehen die Ebene der Einzelschule und die Entwicklungsarbeit, die auf organisationaler Ebene in ihr abläuft. Diese Entwicklungsarbeit charakterisieren die Autoren – vor dem Hintergrund einer Theorie kultureller Transformation – als ein Übergangsgeschehen, das in sozialen Praktiken und wechselseitigen Adressierungen situiert ist und in dem in machtvollen Aushandlungsprozessen pädagogische Anerkennungsordnungen verändert werden, die die symbolische Ordnung der Lern- und Schulkultur am jeweiligen Standort bestimmen.

Anhand zweier Fälle aus der wissenschaftlichen Begleitung des nordrhein-westfälischen Schulversuchs PRIMUS (Schulversuch zum längeren gemeinsamen Lernen in Primar- und Sekundarstufe), die von den Universitäten Bremen und Münster vorgenommen wird, zeigen *Idel* und *Pauling*, wie Schulentwicklungsarbeit als Veränderung ihre Dynamik aus den Formen der Differenzbearbeitung erhält; dies erfolgt hier am Beispiel der Fragen der Jahrgangsmischung und der Fachlichkeit. Diese Formen können aus dem Adressierungsgeschehen zwischen den beteiligten Professionellen erschlossen werden. Während des Sprechens über die eigene Entwicklungspraxis – der kommunikativen Differenzverarbeitung also – werden Routinen in Frage gestellt, Normen erörtert und die wechselseitige Wertschätzung immer wieder ausgelotet. Dabei – so die Interpretation der Autoren – findet eine Um- und Überschreibung von Differenz- und Anerkennungsordnungen statt. Die Lehrkräfte adressieren sich wechselseitig und definieren sich so als innovative Subjekte; sie stehen allerdings immer auch in der Gefahr, als nicht innovativ zu gelten, wenn sie sich der kollegialen Adressierung verschließen. In dieser Hinsicht kann es im Adressierungsgeschehen auch zu Adressierungsproblemen kommen.

Im Beitrag von *Sarah Eiden* werden Adressierungsprobleme mit Blick auf die Elternschaft in der Schule behandelt. Den Ausgangspunkt stellt das in der Literatur auf empirischer Basis bereits dargelegte hohe Risiko für Passungskonflikte zwischen den Orientierungen der Schule auf der einen und der Eltern auf der anderen Seite dar, ins-

besondere an Schulen mit Eltern aus überwiegend wenig privilegierten, ressourcenarmen Milieus. Letztere werden im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Schule u. a. insofern als „schwer erreichbar“ von Schule wahrgenommen, als sie seltener Kontakte initiieren, weniger in der Schule präsent sind oder kaum Partizipationsmöglichkeiten wahrnehmen.

Im Beitrag werden – anders als in den meisten der bisher vorliegenden Untersuchungen – nicht die Eltern, sondern die Lehrkräfte in den Blick genommen. Jene impliziten Vorstellungen, Erwartungen, Haltungen und Praktiken, die für die Zusammenarbeit mit den Eltern relevant sind und die von Lehrkräften im Umgang mit „schwer erreichbaren“ Eltern vorgehalten werden, werden differenzierter betrachtet. Dazu wird auf quantitative wie qualitative Befunde aus dem Forschungs- und Schulentwicklungsprojekt „Potenziale entwickeln – Schulen stärken“ zurückgegriffen, das – gefördert von der Stiftung Mercator – derzeit von Mitarbeitenden der Universität Duisburg-Essen und des Instituts für Schulentwicklungsforschung (IFS) der TU Dortmund durchgeführt wird.

Fokussiert wird dabei die Wahrnehmung herkunfts- und kontextspezifischer Differenz der Elternschaft. Die dargestellten Befunde deuten darauf hin, dass zum einen eine eingeschränkte Wahrnehmung derartiger Differenzen in der Lehrerschaft vorhanden ist und zum anderen die „Schwererreichbarkeit“ von Eltern als unveränderlich und definitiv gedeutet wird. Daraus ergibt sich für Lehrkräfte nur ein eingeschränkter Handlungsspielraum, der entweder den Verzicht auf Strategien impliziert, die Eltern offenbar nicht erreichen (gezeigt am Beispiel des Abhaltens gemeinsamer Feiern), oder die verstärkte Anwendung derselben Strategien vorsieht (zum Beispiel die schriftliche Information der Eltern über eine durchgeführte Klassenpflegschaftssitzung und die Bitte um Unterschrift über Kenntnisaufnahme dieser Information).

In Anbetracht der dargestellten Ergebnisse schlussfolgert *Eiden*, dass der Herkunfts- und Lebenskontext der Eltern unterschiedliche Anpassungsleistungen der Lehrkräfte erfordere. Die Wahrnehmung und Anerkennung von Differenz stelle Voraussetzung und Rahmen für die Entwicklung passender Adressierungsstrategien im Umgang mit „Schwererreichbarkeit“ dar.

Der Themenschwerpunkt schließt mit dem „Beitrag zur Diskussion“ von *Kathrin te Poel*, in dem Adressierungsprobleme im Zusammenhang mit einer einseitigen Adressierung von Schüler*innen als kognitive Leistungserbringer thematisiert werden. Diese Adressierung sei im gesellschaftlichen Diskurs – so die Auffassung der Autorin – nach wie vor tief verwurzelt und führe bei Schüler*innen zu Erfahrungen mangelnder Anerkennung und der Missachtung ihrer Person.

Dem im öffentlichen Bildungsgerechtigkeitsdiskurs weit verbreiteten Paradigma von Bildungsgerechtigkeit als Verteilungsgerechtigkeit und einer starken Leistungs-

orientierung stellt die Autorin andere, anerkennungs- und bildungstheoretische Gerechtigkeitszugänge gegenüber, mit denen gemeinhin die Hoffnung einer Überwindung der leistungsorientierten Engführung des Diskurses verbunden wird. Dass diese Hoffnung allerdings bisher nicht erfüllt wird, zeigt sie exemplarisch unter Rekurs auf die Anerkennungstheorie Stojanovs. Die Ergebnisse der kritischen Analyse von *te Poel* machen deutlich, dass auch diese Theorie von impliziten wie expliziten Fokussierungen auf das verbale Sprachvermögen und die kognitive Leistungsfähigkeit von Schüler*innen durchzogen ist.

Anhand der Rekonstruktion eines Interviews aus dem Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Bildungsbiographische Grenzgänge zwischen Abbruch und Abschluss“ am Oberstufen-Kolleg Bielefeld legt *te Poel* beispielhaft dar, wie sich die den öffentlichen Bildungsgerechtigkeitsdiskurs und die Theoriebildung durchziehende starke Leistungsorientierung und der damit verbundene Mangel an Anerkennung in den Erfahrungen betroffener Schüler*innen niederschlagen. Die Autorin zeigt, inwiefern die Erfahrungen mitunter leidvoll sind, Bildungsprozesse hemmen und darüber Bildungsungleichheit reproduzieren können. Es werden Konsequenzen für die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften abgeleitet, wobei den mit den Praxisphasen verknüpften Reflexionssettings großes Potenzial zugeschrieben wird.

Mit den Beiträgen des Themenschwerpunkts wird auf theoretischer und empirischer Basis zur Reflexion angeregt, wie institutionelle und individuelle Akteure im Schulsystem mit ihren wechselseitigen Adressierungsbeziehungen und -prozessen aus der bewussten Anerkennung und Bearbeitung von Differenz produktive Impulse für die Entwicklung von Schule gewinnen können.

Isabell van Ackeren & Kathrin Dederling

<https://doi.org/10.31244/dds.2018.04.01>